

CORONA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS – TEIL 23 | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 31. Dezember 2020

Majestätsbeleidigung oder notwendige Prüfung?

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

In der Corona-Ausschusssitzung Nr. 8 "USA – der Blick von innen / Aktuelle Lage in Schweden, Frankreich und Italien u.a." wurde über die Situation in verschiedenen Ländern berichtet (1). Hier die Fortsetzung der Zusammenfassung.

MD Pam Popper, USA

Dr. Popper ist der Meinung, dass die Fragen, welche der Corona-Skandal aufwirft, die Gerichte noch über eine lange Zeit beschäftigen werden. Dann äußerte sie ihre Skepsis hinsichtlich der persönlichen Haftung von Menschen, welche im Mittelpunkt der Klagen von Dr. Füllmich in diesem Skandal stehen, dezidiert. Sie erwähnte das Beispiel des Gouverneurs von Ohio, der es abgelehnt hatte, irgendeine Begründung für seine Maßnahmen offen zu legen. Aber am Ende, so Popper, werde den Menschen bewusst werden, wie absurd die Situation war, und wie vollkommen losgelöst von jeder öffentlichen Kontrolle die Regierung im Einklang mit den Medien gehandelt hatte, und daraus würden Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Sollte das nicht passieren, könnte es durchaus zu einem Bürgerkrieg oder massivem zivilen Ungehorsam in den USA kommen, denn die Anzahl der Bürger, die an die Maßnahmen der Regierung glaube, erreiche langsam den Punkt, an dem alles kippen könne.

Sie berichtete dann, wie große Einzelhandelskonzerne bundesweit vorgeschrieben hatten, dass in ihren Läden Masken getragen werden müssten. Aber schon nach zwei Tagen zogen sie diese Meldung zurück. Der Aufruhr war so groß gewesen, dass sogar jemand deswegen in Michigan getötet wurde.

Wenn man Franklin County, wo sie lebt, 25 Meilen verlässt, wird man gar nicht mehr das Gefühl haben, dass es eine Pandemie gäbe, erklärte sie. Nur ganz vereinzelt würden Menschen Masken tragen. Es gäbe keine soziale Distanzierung, die Menschen verweigern sich einfach den Befehlen der Regierung. Sie selbst hätte nie eine Maske getragen, und wäre nie vom Betreten eines Ladens abgehalten worden. Allerdings gäbe es Plätze, von denen man sich besser fernhalten sollte.

Dr. Popper erklärte, mehrere hundert Klagen gegen die Maßnahmen der Regierung untersucht zu haben. Einige wären erfolgreich gewesen, andere nicht, aber aus Letzteren würde man Lehren ziehen und innerhalb kürzester Zeit würden die Erfolge vor Gericht drastisch zunehmen.

Dr. Wodarg warf ein, dass es wichtig wäre, die Anzahl und Ergebnisse von Gerichtsverfahren zu verfolgen und zu untersuchen, auch um festzustellen, wie viele Menschen wegen Verstößen gegen die Regierungsmaßnahmen angeklagt und verurteilt würden. Dann könnte man eine Karte von Deutschland anfertigen, in der die Tendenzen der Gerichte erkennbar würden. Das könne helfen, die Strategie im Kampf gegen die Regierungsmaßnahmen zu verbessern.

Dr. Popper führte dann aus, dass dies durch ihr Team sehr detailliert betrieben werden würde, und dass sie eine Internetseite bereitstelle, in der es viele Informationen in diesem Sinne geben würde. Und die Menschen helfen, jedes Gerichtsurteil dort zu posten, wo es dann kategorisiert wird und analysiert werden kann. So dass man nicht nur regional, sondern auch fachlich bezogen Informationen darüber finde, wie Gerichte geurteilt haben.

Inzwischen würden ca. 40% der Menschen ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken, und zwar wegen Regierungsmaßnahmen, nicht wegen des Virus. Und deshalb hätte sie mit ihrem Team auch hierfür eine Info-Datenbank angelegt, die allen Interessierten zugänglich ist.

Seit Jahrzehnten fordere man eine Reform des Bildungswesens in den USA, aber das würde immer schlechter werden. Nun könnte der Corona-Skandal dazu führen, dass innerhalb kürzester Zeit sich etwas bewegt. Alles hänge nur noch von der Masse der Menschen ab, die sich schließlich nicht mehr mit dem Status Quo abfinden wollen.

Dr. Popper äußerte ihre Überzeugung, dass am Ende der Geschichte die Verantwortlichen den Kopf schütteln, und sich fragen werden, wie ihr Plan schief gehen konnte. Diese Menschen müssten unbedingt strafrechtlich verfolgt und bestraft werden. Sie ist der Meinung, dass die Medien-Macher, welche den Corona-Skandal vorangetrieben haben, irgendwann furchtbar enttäuscht sein werden, dass sie keine Rolle mehr spielen dürfen. Die "Schafe" würden sie immer noch anhören, aber die Mehrheit wird sich von ihnen

abwenden, sie werden jede Glaubwürdigkeit verloren haben. So schmerzvoll der Prozess auch wäre, würde er am Ende doch zu einer Bereinigung und zu etwas Positivem führen. Allerdings werden die nun beginnenden Prozesse noch Jahrzehnte dauern.

Dann wurde die Frage aus dem Ausschuss von ihr beantwortet, was zu den Falschbehandlungen, wie zu frühe Beatmung, zu sagen wäre. Daraufhin wiederholte Dr. Popper, dass es einige Bundesstaaten geben würde, die ähnlich wie Schweden vorgegangen wären. Andere Bundesländer dagegen hätten drakonische Maßnahmen ergriffen. Nachdem es kaum noch Todesfälle gäbe, würde man dort über "Fälle" reden. Und so gehe man von "Tür zu Tür", um möglichst viele Tests zusammen zu bekommen, damit die Anzahl der "Fälle" nicht nachlasse.

Wenn man in den USA nicht in der Lage war, seine Niere im März ersetzt zu bekommen, weil es eine so genannte "Gesundheitskrise" gab, und man will also nun die Niere ersetzen, dann muss man beim Einchecken ins Krankenhaus einen Test machen. Wenn man positiv ist, auch ohne Symptome, ohne irgendwelche Beschwerden, wird man als im Krankenhaus behandelter Covid-19-Kranker gezählt, nicht als Transplantationspatient. Krankenhäuser bekommen bis zu 50.000 Dollar mehr, wenn sie einen Kranken als Covid-19-Patienten ausgeben. Auch die Gouverneure der Bundesstaaten, welche den Corona-Skandal aufrechterhalten, bekommen mehr Fördergelder des Bundes.

Was die Behandlung angehe, erklärte sie die Vorteile von Hydroxychloroquin (HCQ), ein Medikament, das alt und sehr günstig ist. Man sollte meinen, dass jeder froh und glücklich darüber wäre, dass es für viele Menschen eine preiswerte Arznei gegen Covid-19 gäbe. Stattdessen wurde die Aufklärung über die richtige und angemessene Behandlung unterdrückt. Einen Tag nach der Pressekonferenz ihrer Gruppe vor dem höchsten Gericht wurde die Anwendung von HCQ in Ohio verboten.

Dann erklärte Dr. Popper, dass die Definition, wer als Covid-19-Todesopfer zu werten wäre, von Staat zu Staat unterschiedlich wäre. Es gäbe "vermutete", "bestätigte" oder andere Covid-Opfer. Es würde Jahrzehnte dauern, das Ganze aufzuklären.

Journalisten, die in Pressekonferenzen kritische Fragen stellen, können in den Staaten mit rigorosen

Maßnahmen an den folgenden nicht mehr teilnehmen. Der Verantwortliche für Washington State wurde trotzdem einmal nach den künstlich aufgeblähten Todeszahlen gefragt. Die Antwort war, dass die Behauptung nur eine Verschwörungstheorie vom Planeten Pluto wäre. Als sich jemand genauer darum kümmerte, stellte er jedoch fest, dass die Zahlen um ca. 50% übertrieben waren. Und natürlich erschreckte die Todesrate die Menschen am meisten. Weshalb das Übertreiben dieser eine besondere Panikwirkung verbreite.

In Colorado, so berichtete sie, fand man Ähnliches heraus. Dort erhielten zum Beispiel Angehörige Briefe von Pflegeheimen, in denen berichtet wurde, dass die Omas und Opas an etwas Anderem gestorben wären als Covid-19, dass aber der Totenschein geändert worden wäre. Daraufhin wandten sich die Angehörigen an ihre politischen Repräsentanten und forderten die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Aber dann wurden schnell alle Daten korrigiert, und die Sache verlief im Sand. Überall wo öffentlicher Druck auftrat, wären die die Todesraten plötzlich reduziert worden. Dabei sollte noch beachtet werden, dass die Zahl der Toten durch Lungenentzündung immer weiter sank, und ganz offensichtlich in der Zahl der Corona-Opfer aufging.

Als Dr. Wodarg noch einmal nachfragte, ob es stimme, dass Krankenhäuser besondere Zuschüsse für Covid-19-Patienten erhielten, erklärte Dr. Popper, dass erst am Tag vor dem Interview ein Hearing abgehalten worden wäre, bei dem der Chef der CDC zugab, dass es einen finanziellen Anreiz gäbe, die Daten zu fälschen. Immer wenn man finanzielle Anreize schaffe, damit die Menschen das Falsche tun, würden sie es tun.

Dann wurde aus dem Ausschuss gefragt, ob es wie in Italien auch in den USA Vorgaben der Regierung für die Behandlung von Covid-19 geben würde. Leider wäre auch in den USA die Tendenz gegeben, die Meinung des Arztes, der den unmittelbaren Kontakt zum Patienten mit seiner Vorgeschichte und seinen Symptomen hat, immer weniger wichtig zu erachten. Sie hoffe, dass sich das im Rahmen dieser Krise zukünftig ändern werde. Heute würden die Ärzte gezwungen, Vorgaben zu folgen, ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort, ohne Rücksicht auf die individuellen Gegebenheiten des Patienten, ansonsten könnten sie ihre Zulassung verlieren. Menschen würden behandelt, als ob sie Maschinen wären, und nicht

Individuen. Und die Ärzte würden vollkommen entmachtet im Umgang mit dem Patienten.

In den USA wäre ein System entstanden, welches die "guten Äpfel" in einen Korb mit den "schlechten Äpfeln" werfe. Und "gute Äpfel" können "schlechte Äpfel" nicht gut werden lassen, sondern das Gegenteil passiere. Ihr Netzwerk arbeite daran, Ärzten wieder das Praktizieren in Eigenverantwortung und unter Beachtung der individuellen Gegebenheiten zu ermöglichen, wenn die Krise aufgearbeitet wird, und eine Reform des Gesundheitswesens absehbar ist.

Damit verabschiedete sich der Ausschuss von Dr. Popper. Dr. Füllmich fragte dann Dr. Wodarg, ob die Zuversicht von Dr. Popper auch in Deutschland gerechtfertigt wäre. Das bestätigte er, weil es innerhalb der Gemeinschaft der Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, lange schon rumore. Es hätte perverse Entwicklungen gegeben, hin zu einer Profitarisierung des Gesundheitswesens. "Ich denke, dass die Kommunalisierung der medizinischen und pflegerischen Grundversorgung ein ganz wichtiges politisches Thema ist, um das Vertrauen in diese ganzen Strukturen wieder aufzubauen".

Unternehmer Ash Zrl aus Nepal

Als nächster Zeuge wurde Ash Zrl aus Nepal interviewt. Ash Zrl ist ein Unternehmer, der im Modegeschäft tätig ist. Er berichtete über die allgemeine Corona-Situation in Nepal.

Nach dem ersten Fall im Januar, gab es einen zweiten Fall am 23. März 2020, worauf am 25. ein Lockdown verhängt wurde. Es gab also lediglich zwei bestätigte positive Tests, ohne ein einziges Opfer. Auf Grund von Demonstrationen wurde der harte Lockdown im Juli dann aber aufgeweicht. Gewisse Bereiche der City von Kathmandu wurden dann trotzdem geschlossen. Schulen sind immer noch geschlossen, es gibt nur Online-Unterricht von einigen privaten Schulen. Es gibt keine Zahlungen oder Hilfen der Regierung für Verluste wegen des Shutdowns. Menschen, die auf Tageslohnbasis arbeiten sind oft ohne Einkommen.

Die Regierung Nepals präsentierte sich gegenüber China als von Corona freies Land, um Touristen von dort anzulocken. Tourismus ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes.

Ash Zrl berichtete, dass seine Frau als Lehrerin Online-Kurse gibt, und seit Juli wieder in geringem Maße

gearbeitet werden kann, aber das Geld überhaupt nicht ausreicht, und sogar der Online-Unterricht für die Tochter beendet werden musste.

Die Regierung meldete bis zum Zeitpunkt des Interviews 70 Coronatote. Nepal hat ungefähr 35 Millionen Einwohner, davon wurden 22.000 positiv getestet. Täglich würden mehr neue positive Testfälle gemeldet. Am Tag des Interviews waren es 400. Es wurden ca. 200.000 PCR-Tests insgesamt durchgeführt.

Nepal hat ungefähr 5 Millionen Migranten und Studenten die im Ausland leben. Sie sind insbesondere in Indien und dem Nahen Osten, Korea und Australien. Diese wollen zurück in ihre Heimat, weil sie ihre Jobs verloren, oder nicht weiter lernen konnten. Das war ein großes Problem für die Regierung Nepals. Es waren 90 Millionen US-Dollar für die Rückkehr bereitgestellt worden, jedoch wurde das Geld nicht für den Zweck eingesetzt, und es fehlte jede Transparenz darüber, was mit dem Geld passierte. Wer Fragen stellte, wäre verhaftet worden.

In den Quarantäne-Zentren hätte es Verbrechen wie Vergewaltigungen gegeben. Auf den Straßen hätten Demonstrationen stattgefunden, welche die Aufhebung der Restriktionen forderten, weil die Menschen Geld verdienen mussten, um sich ernähren zu können.

Ash Zrl berichtete von drei Blickwinkeln auf die Krise. Die der Regierung, der Öffentlichkeit, aber auch der Demonstranten auf den Straßen. Diese starteten Hungerstreiks. Ein 26-jähriger Mann lebt seit 21 Tagen ohne Essen und Trinken. Er verlangte eine verantwortungsbewusste Reaktion der Regierung auf das Virus. Inzwischen musste er in ein Krankenhaus eingeliefert werden und ist in einer lebensbedrohlichen Situation. Er fragte die Regierung: "Wohin verschwanden die 90 Millionen Dollar?"

Schon im Juli hatte es Hungerstreiks gegeben. Dieser erste Hungerstreik war abgebrochen worden, nachdem der Premierminister die jungen Leute besucht und versprochen hatte, die Angelegenheit aufzuklären. Was dann aber nie geschah, weshalb der zweite Hungerstreik begonnen worden wäre. Die Demonstranten und Hungerstreikenden haben einen 12-Punkte-Forderungskatalog aufgestellt.

Als die Verbindung nach Nepal abbrach, wurde das Gespräch mit Dr. Luca Speciani aus Italien geführt.

Dr. Luca Speciani

Auf die Frage, ob sich die Situation in Italien verbessert hätte, antwortete Dr. Speciani, dass zu Beginn der Pandemie verboten worden wäre, Autopsien an Corona-Opfern durchzuführen, weshalb man länger gebraucht hätte, die richtigen Behandlungsmethoden zu entwickeln. Weshalb viele der 35.000 Corona-Opfer unnötigerweise gestorben wären. Wobei es auch in Italien die Diskussion gibt, ob die Opfer wegen oder nur mit Corona verstarben. Jedenfalls wäre nachgewiesen, dass auch Opfer von Krebs, Herzinfarkt oder Schlaganfall als Covid-19-Tote gezählt wurden.

Zu Beginn wären nur Tests durchgeführt worden, wenn jemand in intensivmedizinischer Pflege gewesen wäre, oder mit jemanden verbunden gewesen wäre, der diese benötigte. Das hätte zu einer künstlich erhöhten Mortalitätsrate geführt. So verbreitete die Regierung am Anfang, dass 16% der an Covid-19 Erkrankten sterben müssten. Was dann zu einem sehr harten Lockdown führte. Trotzdem hätte es weiter viele Opfer gegeben.

Vor einigen Jahren hätte es Gespräche zwischen der italienischen, der US-Regierung und einigen Pharmafirmen gegeben, darin wäre diskutiert worden, dass Italien einige Vorzüge in Hinsicht auf chemische und pharmazeutische Produktion hätte. Einige der Protagonisten dieser Gespräche wären nun auf höchsten Positionen in der Regierung und würden entscheiden, was gesundheitspolitisch im Land passiere. Daher ist die Regierung äußerst eng mit der pharmazeutischen Industrie verwoben, und Dr. Speciani erklärte, dass Einige den Verdacht geäußert hätten, dass das Land eine Art Versuchskaninchen wäre.

Der wissenschaftliche Rat der Regierung, der großen Einfluss hätte, wäre in den Händen von Sanofi, Pfizer, Astra-Zeneca und Glaxo. Der italienische Minister für Bildung und der Gesundheitsminister, folgten dem wissenschaftlichen Rat durch Schließung von Schulen und anderen Maßnahmen.

Im italienischen Fernsehen könne man jeden Tag von "Infektionsherden" reden hören, sobald eine Person mit Symptomen auftauche, was dazu führe, dass die gesamte Fabrik bzw. die ganze Umgebung geschlossen werde, in der die Person arbeitete. Und alle Personen in seinem Umfeld müssen in Quarantäne. Dann

werden Tests gemacht, bei denen man dann ca. 30% positive Ergebnisse finde. Dabei handele es sich um Antikörpertests. Es werde dann behauptet, dass 30% der Bevölkerung erkrankt wäre, auch wenn die "Kranken" keinerlei Symptome aufweisen. Dabei zeigten die Daten das Gegenteil, nämlich dass ein großer Teil der Bevölkerung bereits eine gewisse Immunität gegen Covid-19 aufgebaut hätte.

Gleichzeitig gäbe es eine gähnende Leere in den Intensivstationen. Es gäbe praktisch keine Todesopfer wegen Covid-19 mehr. Trotzdem versuche die Regierung die Menschen zu verängstigen, um einen neuen Lockdown auszurufen. Was auf erheblichen Widerstand der Bevölkerung treffe. Immer mehr Menschen glauben, dass die Regierung den Lockdown nicht aus gesundheitlichen, sondern nur aus politischen Gründen verhängen will.

Auf die Frage, warum die Regierung das täte, antwortete Dr. Speciani, dass es Interessengruppen wie die Bilderberggruppe gäbe, die eine Art Weltregierung einrichten wollen, und um zu diesem Ziel zu gelangen, werde Armut provoziert, und werde die Forderung nach einer Weltregierung in der Öffentlichkeit gefördert.

Die Mittelklasse in Italien wäre stark beschädigt, weil Restaurants, Geschäfte und Unternehmen geschlossen würden. Mehrere Monate der Schließung würden viele Unternehmen nicht überleben, und jene, welche überleben, wären so geschwächt, dass sie wirtschaftlich und politisch keine Rolle mehr spielen könnten. Durch die zunehmende Armut würde sich die Gesellschaft radikalisieren und Autoritarismus würde gefördert.

Daraufhin schaltete der Ausschuss nach Argentinien

Journalistin Gaby Weber, Argentinien

Frau Weber erklärte, dass Argentinien auf der südlichen Halbkugel liege, wo zur Zeit des Interviews Winter herrschte. Die Pandemie wurde am 12. März ausgerufen. Obwohl höchstens eine "handvoll" von Touristen, die aus Europa zurück kamen, mit dem Virus konfrontiert worden waren. Ohne ein einziges Todesopfer wurde ein extrem harter Lockdown mit Ausgangssperre verkündet.

Das wäre noch im Sommer gewesen. Am Anfang hätte es kaum Kranke gegeben, jedoch wurden große Hallen als Notkrankenhäuser eingerichtet, obwohl es in Argentinien, im Gegensatz zu vielen Nachbarländern, ein sehr gutes Gesundheitssystem gibt.

In den ersten Wochen hätte es eine Akzeptanz für die Maßnahmen gegeben. Inzwischen sind Monate vergangen, so Frau Weber, es ist Winter, und im Winter wären alle Argentinier immer krank, weil sie kaum eine Heizung hätten, schlecht isolierte Häuser, und viele Menschen leben unter sehr schlechten Lebensbedingungen. D.h. sie bekommen jeden Winter Bronchitis, Grippe und Co.

Inzwischen hätten sich die Zahlen verändert. Zum Zeitpunkt des Interviews gäbe es 4.200 gemeldete Corona-Todesfälle. Gestern wären 147 Tote gezählt worden. Und es gäbe insgesamt 230.000 "Infizierte".

Allerdings wäre die Art und Weise, wie die Tests gemacht würden, sehr begrenzt. In Argentinien gäbe es viele Slums, und da bestehe gar nicht die Möglichkeit, Abstandsregeln oder Hygienevorschriften einzuhalten. Wenn die Menschen dort tagsüber nicht arbeiten, haben sie abends nichts zu essen. Wenn dort getestet werden würde, fände man bis zu 70% positive Ergebnisse. Aber diese 70% hätten keine Symptome, sonst wären sie in Behandlung gekommen.

Die Bevölkerung wisse aber nicht, dass positive Testergebnisse keineswegs aussagen würden, dass jemand krank, infiziert oder ansteckend wäre. Und seit fünf Monaten würden die allerhärtesten Maßnahmen in dem Land aufrechterhalten werden.

Wenn man das Haus verlassen will, muss man "die App" bei sich haben. Die Polizei kontrolliere auf der Straße das Mobiltelefon. Die Daten würden zentral bei Amazon gespeichert. Die Regierung meinte dann, dass man die Daten vielleicht doch besser beim Geheimdienst speichern sollte.

Wenn man in einen Bus einsteigen will, auch in voller Schutzausrüstung, müsse man eine Karte vorweisen, die an die Person gebunden ist. Wenn man keine Genehmigung habe, das Haus zu verlassen, dürfe man auch nicht in einen Bus einsteigen.

Die Regierung hätte eine Woche vor dem Interview ein Dekret erlassen, womit noch einmal die härtesten

Maßnahmen durchgesetzt werden sollen. Jedes nicht erlaubte soziale Treffen werde mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft.

Die Regierung würde seit Monaten in die sensibelsten Grundrechte unter völligem Ignorieren der Verfassung eingreifen. Und die Menschen werden langsam "meschugge", weil sie seit fünf Monaten Hausarrest hätten, ohne dass sie irgendetwas getan hätten. Sie können ihrem Beruf nicht nachgehen, die Schulen und Universitäten sind geschlossen, und es wäre kein Ende in Sicht.

Die zusätzlichen Betten, die eingerichtet wurden, werden nun benutzt, indem man Menschen mit leichten Symptomen Geld dafür gibt, wenn sie sich dort behandeln lassen.

Die Regierung würde die Situation ausnutzen, ohne Parlament durchzuregieren, ohne funktionierende Medien, ohne Gerichte, und gegen das letzte Dekret und andere Maßnahmen hätte es erste Proteste gegeben. Die Gewaltenteilung wäre komplett aufgehoben, mit der Begründung, die Regierung wäre für "das Leben", während "die anderen" nur ihre "bürgerlichen Rechte" wollten.

Was noch kommt

In der nächsten Zusammenfassung werden wir noch mehr über Argentinien hören, dann kommen zusätzliche Informationen aus Nepal und schließlich folgt das Interview mit einer Professorin für Immunologie, die in Irland lebt, aber früher in Deutschland gearbeitet hatte, weshalb das Gespräch in Deutsch stattfinden konnte.

Quellen:

1. <https://www.bitchute.com/video/6Z3ziTYZOmya/>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung.

+++

Bildquelle: OvalMedia

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

+++

Abonniere jetzt den KenFM-Newsletter: <https://kenfm.de/newsletter/>

+++

Jetzt KenFM unterstützen: <https://www.patreon.com/KenFMde>

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.



BitCoin Adresse:

18FpEnH1Dh83

GXXGpRNqSoW

5TL1z1PZgZK